

Heiner Geißler zum SPD-Parteitag

Das rot-grüne Lager hat sich formiert

Nach dem Nürnberger Parteitag ist der künftige Kurs der SPD klar: Die SPD hat endgültig von ihrem bisher proklamierten Anspruch einer Volkspartei Abschied genommen und ist zu einer links-opportunistischen Stimmungs-Partei geworden, die mit den alten sozialistischen Rezepten arbeitet: Angstmachen, Miesmachen, Neid schüren. Dies zeigt sich insbesondere in der Energiepolitik sowie in der Außen- und Sicherheitspolitik. In der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik vertritt sie nach wie vor die bekannten und bisher schon gescheiterten Rezepte der 70er Jahre.

Die traditionellen Arbeiter-Wähler der SPD müssen prüfen, ob sie in der SPD noch eine politische Heimat haben. Die alten Godesberger und die Anhänger von Helmut Schmidt sind entweder ausgeschieden oder haben nichts mehr zu sagen: Leber, Apel, Roth, Renger. Die „Stars“ des Parteitages waren die

Allensbach-Umfrage: Union klar vorn

Wenn heute Wahlen wären, würden sich 45,1 % für die CDU/CSU entscheiden (Juli: 42,8 %), für die SPD 38,1 % (vorher 39,9 %), FDP 7,7 % (7,8 %), Grüne 8,5 % (9,0 %), ermittelte Allensbach. Kohl wollen 36 % als Kanzler (vorher 32 %), Rau 27 % (vorher 29 %).

WAHLKAMPF
'87



HEUTE AKTUELL:

- **DOKUMENTATION**
Vorrang hat die Sicherheit für Mensch und Natur. Redeauszüge vom Fachkongreß „Energiepolitik für eine humane Zukunft“ im Bonner Konrad-Adenauer-Haus. Grüner Teil
- **ASYLANTEN**
Bundeskanzler Helmut Kohl nach den Kabinettsbeschlüssen: Die Maßnahmen müssen nun in die Tat umgesetzt werden. Seite 5
- **SENIOREN-UNION**
Start zur Aktion „Gute Nachbarschaft“. Seite 12
- **ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**
Rau — Der Stimmenfänger für das rot-grüne Lager. Flugblatt „Zur Sache“. Seite 18

Befürworter des rot-grünen Kurses wie Lafontaine, Eppler, von Bülow, Hauff usw.

SPD-Kandidat Rau hat sich dem inhaltlichen und personellen Linksruck in der SPD nicht entgegengestellt, sondern hat sich ihm im Gegenteil geschmeidig angepaßt.

Energiepolitik

Ausstieg und Abstieg in der SPD hat den bisherigen Konsens in der Energiepolitik verlassen. Sie hat sich den Grünen vollständig angepaßt und will den schnellen Ausstieg aus der Kernenergie.

Die SPD will innerhalb von 10 Jahren alle Atomkraftwerke abschalten. Dies hätte zur Folge:

- höhere Luftverschmutzung,
- steigende Energiepreise,
- Minderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft,
- dramatische Gefährdung von Arbeitsplätzen.

Für die Gesundheit und Sicherheit der Bürger gäbe es keine Verbesserung. Während die SPD die 17 sichersten Kernkraftwerke abschalten will, bleiben um uns herum 337 Kernkraftwerke in Betrieb und werden 150 neue geplant oder gebaut.

Erhard Eppler konnte zu Recht auf dem Parteitag feststellen, daß die SPD mit ihren energiepolitischen Beschlüssen endlich seinen Vorschlägen gefolgt sei. **Der Bundesparteitag applaudierte Eppler minutenlang, Willy Brandt und Johannes Rau drückten ihm ergriffen die Hand.**

So schnell werden in der SPD linke Außenseiter zu Sprechern der Mehrheit. So ist heute schon abzusehen, daß z.B. Oskar Lafontaine, der den Austritt aus der militärischen Integration der NATO fordert, in Kürze der nächste Mehrheitsführer sein wird.

Außen- und Sicherheitspolitik: Bloße Lippenbekenntnisse

Mit der einstimmigen Annahme des Antrages des Parteivorstands zur „Friedens- und Sicherheitspolitik“ auf dem Nürnberger Parteitag haben sich die Sozialdemokraten politisch aus dem Atlantischen Bündnis verabschiedet. Keine der Forderungen, die jetzt offiziell die Richtlinien der Außen- und Sicherheitspolitik der SPD bestimmen, befinden sich noch in Einklang mit den Positionen des westlichen Bündnisses. Im Gegenteil: Die SPD von Nürnberg verfolgt in der Außen- und Sicherheitspolitik Ziele, die das Bündnis aushöhlen und unsere Sicherheit gefährden.

Mit den Beschlüssen von Nürnberg will die SPD:

- die NATO-Nachrüstung rückgängig machen, aber der Sowjetunion so viele SS-20 belassen, wie sie 1979 besaß;
- die USA zur Aufgabe von SDI nötigen und die SDI-Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten kündigen;
- die Politik der Abschreckung gegenüber der Sowjetunion aufgeben und dem

Zitate

Raus Handicap bleiben Kompetenzlücken in Sachfragen. An einer Pinnwand in Nürnberg stand folgender, ihm in den Mund gelegter Satz: „Mir nach, ich folge Euch!“

(Frankfurter Rundschau vom 30. 8. 1986)

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt soll im vertrauten Kreis die zynische Bemerkung gemacht haben, wenn Rau 42 % der Wählerstimmen bekomme, mache er 42 Liegestützen.

(Passauer Neue Presse vom 30. 8. 1986)

Bündnis eine neue, ungesicherte Strategie aufzwingen;

■ alle Maßnahmen zur verbesserten Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr zurücknehmen. Sie will den Wehrdienst nicht verlängern, die Friedensstärke der Bundeswehr reduzieren und die Verteidigungsausgaben verringern.

Mit diesen Positionen verabschiedet sich die SPD politisch aus der NATO und macht die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland allein von der Friedfertigkeit und Abrüstungsbereitschaft der Sowjetunion abhängig.

Johannes Rau hat sich in seiner Rede in Nürnberg zu diesen sicherheitspolitischen Zielen seiner Partei bekannt. Seine Bekenntnisse zur NATO und zur Freundschaft mit den USA entlarven sich endgültig als bloße Lippenbekenntnisse.

Wie die SPD-Basis wirklich denkt, zeigen die anti-amerikanischen und anti-westlichen Tiraden von SPD-Rednern:

— *Katrin Fuchs stellte fest: „wir Sozialdemokraten sind gegenüber den USA konfliktbereit“.*

— *Konrad Gilges bezeichnete in seiner Rede die Amerikaner als die „Störer der Entspannung“ und meinte, daß „die SPD auf Distanz zur NATO und zu Reagan“ gehen müsse;*

— *Peter von Oertzen warf den Amerikanern vor, sie betrieben „eine Politik des Rechtsbruchs, der Gewalt und des Übermuts“.*

Rau und die gesamte SPD-Spitze schwiegen dazu.

Aber der Repräsentant der sandinistischen Militärjunta, Commandante Bayardo Arce, durfte unter großen Beifall auf dem SPD-Parteitag die Propagandalügen der Sandinisten verkünden. Und als Arce das Verbot der Oppositionszeitung La Prensa damit begründete, daß sich die Herausgeber nicht an die Vorschriften

der Sandinisten — also die Zensur — gehalten hätten, **klatschte der Parteitag ebenfalls.**

Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik

Mit dem „Nürnberger Aktionsprogramm: Massenarbeitslosigkeit überwinden — die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern“, präsentierte sich die SPD als Partei ohne vernünftige wirtschaftspolitische Alternative. Die SPD lebt von der Beschwörung alter, erfolgloser Rezepte sozialdemokratischer Staats- und Machbarkeitsglaubwürdigkeit.

Die SPD präsentierte sich in Nürnberg mit Rezepten, die uns in die Krise der siebziger Jahre zurückführen würden:

■ Sie will schulden- und abgabenfinanzierte staatliche Investitions- und Beschäftigungsprogramme. Das bedeutet wieder höhere Neuverschuldung, höhere Zinsen, weniger Investitionen, Verlust an Arbeitsplätzen; die SPD bleibt also die Schulden- und Job-Killer-Partei.

■ Die SPD beendet mit ihrer Politik die Phase der Preisstabilität, eine neue unsoziale Phase der Inflation würde beginnen; Nürnberg hat gezeigt: Die SPD bleibt die Inflationspartei.

■ Das Aktionsprogramm der SPD bedeutet Ausweitung der Staatsquote. Mit neuen Steuern und Abgaben belastet die SPD Bürger und Unternehmer. Nach Nürnberg müssen die Bürger wissen: Die SPD bleibt die Steuererhöhungspartei.

Rau hat sich dem Linkskurs der SPD angepaßt: nicht die Partei bewegt sich mit ihm, sondern er hat sich mit der Partei bewegt.

Rau hatte vor dem SPD-Parteitag folgende Alternative: Entweder Verzicht auf die aktive Wahlkampfunterstützung des lin-

(Fortsetzung Seite 4)

Betriebsräte wehren sich gegen SPD-Energiepolitik

Die Betriebsräte vieler Energieversorgungsunternehmen und zahlreicher Zulieferbetriebe in der Bundesrepublik Deutschland haben in einem Schreiben an den SPD-Parteivorstand vor den Folgen eines verfrühten und alleinigen deutschen Ausstiegs aus der Kernenergie gewarnt.

Am 13. August haben sich in Dortmund 21 Betriebsräte aus 14 Energieversorgungsunternehmen und Zulieferer-Unter-

ken Flügels der SPD oder deutliche politische Zugeständnisse an diesen Flügel. Rau stand vor der Wahl: Aussteigen als Kanzlerkandidat oder einsteigen in das rot-grüne Lager. Die Rede von Rau zeigt, daß er sich für den Einstieg in das rot-grüne Lager entschieden hat. Nicht die SPD hat sich mit Johannes Rau bewegt, Johannes Rau hat sich mit seiner Partei bewegt. Und zwar nach links. Eppler hat nicht umsonst den Entwurf des SPD-Grundsatzprogramms auf dem SPD-Parteitag als „**Plattform für die Mehrheit links der Union**“ bezeichnet (ddp 28. 8. 1986).

Die SPD hat sich verändert und Johannes Rau mit ihr. Die SPD ist heute nicht mehr die Partei der Arbeiterschaft, sie ist die Partei der linken, öko-sozialistischen, neutralistischen und alternativen Gruppen und Grüppchen. Die Themen dieser Gruppen und Bewegungen sind die Themen und Ziele der SPD geworden. Die SPD ist zu einer links-opportunistischen Stimmungspartei geworden.

Auf dem Parteitag hat sich das rot-grüne Lager formiert: sein Stimmenfänger ist Johannes Rau. (Siehe Flugblatt S. 18)

nehmen des Kraftwerksbau mit dem Zwischenbericht der Hauff-Kommission beschäftigt und ihre Bedenken gegen einen unter Zeitdruck erfolgenden Ausstieg aus der Kernenergie formuliert. Die Betriebsräte, die vor allem der ÖTV und der IG Metall angehören, repräsentieren ca. 220 000 Beschäftigte ihrer Unternehmen. Weitere Betriebsrätekongresse sind für September in Kassel und für Oktober in München geplant.

Die Betriebsräte warnen vor den Konsequenzen aus einem sofortigen oder auch gestaffelten, verfrühten Ausstieg aus der Kernenergienutzung.

Ein alleiniger Verzicht auf Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland würde nach Auffassung der Betriebsräte kaum Sicherheitsgewinne bringen, aber erhebliche Nachteile.

Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Kraftwerk Union (KWU), Karl Heinz Nolden, hat den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt wegen dessen Auftritt auf der Veranstaltung „Rock gegen Atom“ auf der Loreley heftig angegriffen und ihn aufgefordert, auf einer Belegschaftsversammlung der KWU zu sprechen. Nolden, selbst SPD-Mitglied, schrieb in einem Brief, die SPD und ihr Vorsitzender sollten Nähe nicht nur zur Rockmusik, sondern auch zu betroffenen Arbeitnehmern beweisen. Nolden: „Es mag ein erfreuliches Erlebnis sein, von 15 000 begeisterten Rock-Fans für seine Kernkraft-nein-danke-Position Beifall zu erhalten. Es wäre aber ein verhängnisvoller Irrtum anzunehmen, daß die Arbeitnehmerschaft in unseren Betrieben, die um ihre Arbeitsplätze fürchtet, ebenso begeistert wäre; sie ist eher tief besorgt und enttäuscht.“

Helmut Kohl zum Asylantenproblem:

Maßnahmen müssen nun in die Tat umgesetzt werden

Die vom Kabinett beschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung des Asylantenzustroms sollen nach den Worten von Bundeskanzler Helmut Kohl „unverzüglich und mit großer Entschiedenheit“ in die Tat umgesetzt werden. Erst dann werde sich zeigen, ob die Beschlüsse ausreichen, erklärte der Kanzler vor Journalisten in Bonn. Die Bundesregierung sei mit diesen Maßnahmen an die Grenzen dessen gegangen, was bei der geltenden Verfassungslage möglich sei.

Der Kanzler sagte u.a.: „Der Zustrom der Wirtschaftsasylanten hat Ausmaße angenommen, die zu einer erheblichen Belastung geworden sind. Die Zahl der Asylsuchenden steigt von Monat zu Monat an. Im Juni waren es 7340, im Juli 9710 und bis zum 22. August waren es bereits 9241 Asylbewerber. Wenn die Entwicklung anhält, werden wir in diesem Jahr eine traurige Rekordmarke von weit über 100 000 Asylbewerbern haben, von denen nur ein geringer Prozentsatz, nämlich rund 16%, als politisch Verfolgte anerkannt werden.“

Ich bin nicht gewillt, diese Entwicklung tatenlos hinzunehmen. Wir wollen auch weiterhin ein Land bleiben, in dem die wirklich politisch Verfolgten Zuflucht finden können. Das ist auch die Grundidee, die die Väter des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat hatten. Gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder habe ich erreicht, daß die Flüchtlinge, die sich auf der Cap Anamur befinden, bei uns Aufnahme finden. Gleichfalls bin ich darum bemüht, den Mitglie-

dern der Bahai-Sekte, die im Iran in brutalster Weise verfolgt werden, zu helfen. Das ist mein Verständnis von der Verwirklichung des in Artikel 16 des Grundgesetzes enthaltenen Verfassungsauftrages, politisch Verfolgten Schutz zu gewähren.

Wir können es aber nicht hinnehmen, daß der Grundrechtsartikel zunehmend pervertiert und zweckentfremdet wird. Es ist einfach unmöglich, daß die Bundesrepublik Deutschland Zufluchtsort für alle diejenigen sein soll, die in materieller Not sind, ohne politisch verfolgt zu sein. Hierbei steht für mich außer Frage, daß wir die Verpflichtung haben, vielleicht mehr als andere, den in Not geratenen Menschen, besonders den Völkern der Dritten Welt, zu helfen. Das tun wir auch in einem Umfang, der leider in der öffentlichen Diskussion nicht hinreichend gewürdigt wird. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt nicht nur eine Spitzenstellung unter den westeuropäischen Staaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen ein und gibt dafür jährlich weit über 2 Milliarden DM aus. Sie hat auf dem Gebiet der humanitären Flüchtlingshilfe ganz erhebliche finanzielle Aufwendungen gemacht. **Sie gibt mehr Geld für die Hilfe für die Dritte Welt aus als etwa der gesamte Warschauer Pakt einschließlich der Sowjetunion.** Die zahlreichen Spenden, die von den Hilfsorganisationen und aus der Bevölkerung für Hilfsmaßnahmen in der Dritten Welt darüber hinaus geleistet werden, sind ein Beweis dafür, daß die große Mehrheit unserer Bürger tolerant und human gegenüber dem in

Not geratenen Ausländer ist. **Das widerlegt das Gerede von einer angeblich wachsenden Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland.**

Mißbrauch muß unterbunden werden

Wenn wir aber den wirklich politisch Verfolgten helfen wollen, und wenn wir die in Not geratenen Menschen der Dritten Welt unterstützen wollen, müssen wir sicherstellen, **daß der andauernde Mißbrauch unseres Asylrechts unterbunden wird.** Die Bundesregierung und die sie tragende Regierungskoalition haben deshalb wirksame und weitreichende Maßnahmen zum Schutz des Asylrechts getroffen. Bereits im vergangenen Jahr hat eine interministerielle Kommission unter dem Vorsitz von Minister Dr. Schäuble einen Bericht erarbeitet, der sich schwerpunktmäßig mit Maßnahmen zur Novellierung des Asylverfahrensrechts befaßt hat. Das Bundeskabinett hat den zweiten Teil dieses Berichts gebilligt. Teil II des Berichts enthält eine umfassende Darstellung der Harmonisierung der ausländer- und asylrechtlichen Bestimmungen und der entsprechenden Praxis in Europa. Er befaßt sich mit Initiativen im internationalen Bereich, z. B. Regionalisierung der Flüchtlingsaufnahme und Bekämpfung der Flüchtlingsursachen und enthält umfassende Materialien zur Asyldiskussion.

Der Maßnahmen-Katalog

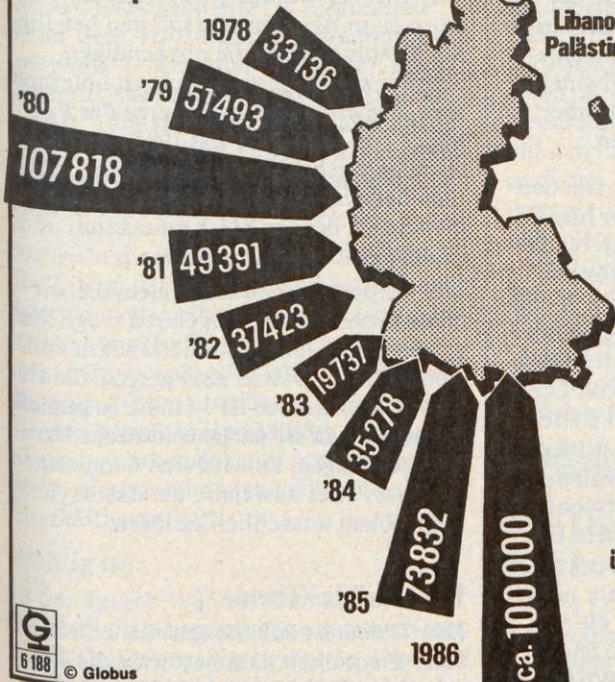
Am 26. Juni 1986 hat sich die Regierungskoalition unter meinem Vorsitz darauf geeinigt, das Asylverfahrensrechts zu verbessern. Ich beschränke mich auf die Darstellung der wichtigsten Punkte. Die Schaffung von sog. Nachfluchtgründen, um der Abschiebung zu entgehen, wird erschwert. Ein Asylbewerber, der sich länger als drei Monate in einem EG-Staat oder in anderen westeuropäischen Staaten, wie Österreich und der Schweiz, aufgehalten hat und dort vor politischer Ver-

folgung sicher war, kann an der Grenze zurückgewiesen werden. Das Arbeitsverbot für Asylbewerber, die noch von keiner Instanz anerkannt sind, wird auf fünf Jahre verlängert, für Ostblockflüchtlinge auf ein Jahr festgesetzt. Die Koalitionsbeschlüsse, die auf der Grundlage von zwei Gesetzentwürfen des Bundesrates zum Asylverfahrensrecht beschlossen worden sind, sollen ebenso wie ein Gesetzentwurf, der das Verhältnis von Asyl und Auslieferung regelt, noch in diesem Jahr von Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden.

Das Bundeskabinett hat darüber hinaus Maßnahmen zur Eindämmung des unkontrollierten Zugangs von Asylbewerbern, speziell auf dem **Luftwege**, beschlossen. Auch diese Maßnahmen sind in einer interministeriellen Kommission unter dem Vorsitz von Minister Dr. Schäuble erarbeitet worden. Damit sollen die festgestellten Mißbräuche im Luftverkehr unterbunden werden. Die Fluggesellschaften werden verpflichtet, unter Androhung von finanziellen Sanktionen nur Personen zu befördern, die über ordnungsgemäße Personaldokumente und Reisepässe verfügen. Sie können verpflichtet werden, die illegal eingereisten Ausländer in ihr Herkunftsland zurückzubefördern. Wir haben das Transitprivileg für Reisende aus bestimmten Problemstaaten eingeschränkt. Diese Maßnahme ist uns nicht leicht gefallen. Die Bundesregierung war aber der Auffassung, daß hier endlich ein **deutliches Zeichen gesetzt werden muß, um den Mißbrauch der Transitwege, insbesondere auf dem Flughafen Frankfurt, zu unterbinden.** Die Bedingungen für die Erteilung von Sichtvermerken werden verschärft. Es wird künftig strenger geprüft werden. Die Erteilung der Sichtvermerke wird bei den besonders problematischen Ländern auf vier bis acht Wochen beschränkt werden. Die zuständigen Behörden des Bundes werden personell ver-

Andrang der Asylanten

Asylbewerber in der
Bundesrepublik Deutschland



Herkunft der Asylanten im 1. HJ. 1986 in %



6 188 © Globus

stärkt. Das Bundeskabinett hat beschlossen, in einer Sofortaktion Personal zum Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf zu schicken, um mitzuhelfen, den dortigen Rückstand abzarbeiten.

Konferenz am 25. September

Die Bundesregierung ist mit diesen Maßnahmen an die Grenzen desjenigen gegangen, was bei der geltenden Verfassungslage möglich ist. Die praktische Bewältigung des Zustroms der Asylbewerber fällt in die Zuständigkeit der Bundesländer. Deshalb habe ich die Regierungschefs der Länder zu einer gemeinsamen Besprechung für den 25. September 1986 nach Bonn gebeten und dazu auch die

Partei- und Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU, FDP und SPD eingeladen. Ich möchte mich mit den Teilnehmern in erster Linie über eine Reihe von Maßnahmen unterhalten, die in die Zuständigkeit der Länder fallen, bzw. die ohne deren Zustimmung nicht durchgeführt werden können.

Hierzu gehören beispielsweise folgende Punkte: Unterbringung der Asylbewerber in Gemeinschaftsunterkünften, Anhörung der Asylbewerber durch die Ausländerbehörden, Entscheidung über offensichtlich unbegründete Asylanträge durch die Ausländerbehörden, personelle Ausstattung der Verwaltungsgerichte sowie Maßnahmen zur Beschleunigung des Abschiebungsverfahrens. Es ist ein großes Pro-

blem, daß heute bis zu 70% aller rechtskräftig abgelehnten Asylbewerber aus den verschiedensten Gründen nicht abgeschoben werden können. Es muß deshalb geprüft werden, ob beispielsweise der Abschiebungsschutz für Personen aus Krisengebieten auf begründete Ausnahmefälle zu begrenzen ist und ob freiwillige Ausreisen abgewiesener Asylbewerber besser überwacht werden können.

Ich habe bis jetzt ausschließlich von den Maßnahmen gesprochen, die wir hier im Innenverhältnis ergreifen wollen. Nach der geltenden Verfassungslage können diese Maßnahmen aber nur eine begrenzte Wirkung haben, d. h. die besten Kontrollen helfen nichts, weil bei den Kontrollen die Asylbewerber bereits im Lande sind und den Antrag auf Asyl stellen können, so daß sie dann nicht zurückgewiesen werden können. Deshalb sind wir darauf angewiesen, daß die Wirtschaftsflüchtlinge auf jeden Fall in diesem Umfang nicht zu uns kommen. Dieses können wir mit unseren Kräften allein nicht erreichen. **Wir sind vielmehr auf die Solidarität der Nachbarn angewiesen. Durch den organisierten Transport von Wirtschaftsflüchtlingen werden vor allem unsere Beziehungen zur DDR belastet.** Wir bemühen uns mit Nachdruck, hier eine Änderung zu erreichen.

Auf die Hilfe Europas angewiesen

Der Prozeß der guten Nachbarschaft darf keine Einbahnstraße sein. Nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern die anderen westeuropäischen Staaten geraten in zunehmende Bedrängnis wegen des vermehrten Zustroms von Asylbewerbern. Anfang dieser Woche hat beispielsweise Dänemark eine Verschärfung beschlossen. Auch Frankreich ist dabei, einschneidende Maßnahmen zu treffen. Wir werden uns bemühen, auf europäischer Ebene, insbesondere innerhalb der EG,

das Notwendige zu veranlassen. Das Bundeskabinett hat beschlossen, die Harmonisierung von Asylrecht und Asylpolitik im europäischen Rahmen voranzutreiben. Das Auswärtige Amt ist gebeten worden, in Abstimmung mit den beteiligten Bundesressorts die notwendigen Schritte zur Harmonisierung zu unternehmen, insbesondere im Rahmen des Vertrages von Schengen von 1985 mit Frankreich und den Benelux-Staaten, im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit, bei der EG-Kommission und im Rahmen des Europarates.

Wir werden diese Maßnahmen, die wir beschlossen haben, umgehend möglichst gemeinsam mit den Bundesländern vollziehen und — soweit eine gesetzliche Regelung erforderlich ist — diese **so schnell wie möglich in die parlamentarische Beratung einbringen.** Es wird sich dann zeigen, ob dieses alles ausreicht, um das Asylantenproblem tatsächlich zu lösen.

Ein sensibles Thema

Das Thema ist äußerst sensibel und weckt viele Emotionen. Das beweisen die Zuschriften, die ich von zahlreichen Mitbürgern tagtäglich erhalte. Die Sorgen der Bevölkerung müssen ernstgenommen werden, **denn die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland und darf es auch nicht werden.** Ich bin sicher, daß das Problem dann unter Kontrolle gehalten werden kann, wenn die Verantwortlichen in Bund und Ländern sich zu einer gemeinsamen Aktion auch über die Parteigrenzen hinweg zusammenfinden. **Es liegt auf der Hand, daß diese Thematik um so weniger im kommenden Bundestagswahlkampf eine Rolle spielen wird, je mehr gemeinsame und wirksame Maßnahmen beschlossen und auch verwirklicht werden. Die Bundesregierung und die Regierungskoalition haben mit ihren Beschlüssen ihren Beitrag geleistet.**

Wer stoppt die DGB-Jugend?

Generalstabsmäßig vorbereitet startet die DGB-Jugend am 13. September unter dem Motto „Stop Jugendarbeitslosigkeit — wer nicht ausbildet, muß zahlen!“ ihren sogenannten „Aktionsherbst“. Im Gepäck: Allerhand aufbereitete Zahlen und Fakten, die eine zunehmende Verelendung der deutschen Jugend beschreiben (sollen).

Nur sieht die Wirklichkeit anders aus als die Zahlen der DGB-Jugend es glauben machen wollen. Ihre Behauptungen sind schlicht unzutreffend; denn in diesem Jahr werden weder 241 000 Jugendliche ohne Ausbildung bleiben, noch sind in diesem Jahr über eine Million junge Menschen arbeitslos und schließlich findet in diesem Jahr auch kein Abbau der Beschäftigung statt.

Richtig ist:

In den Jahren 1983 bis 1986 haben rund 2,8 Millionen Jugendliche einen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten. Das sind rund 250 000 mehr als in den vier Jahren zuvor. Die ganze Welt beneidet uns um das duale System der Berufsausbildung, in dem in den letzten Jahren trotz stärksten Bewerberandrangs jeweils mehr als 95 Prozent der lehrstellensuchenden Jugendlichen eine Ausbildung beginnen konnte.

Die Zahl der jungen Arbeitslosen unter 25 Jahren ist seit Mitte 1984 kontinuierlich um über 100 000 zurückgegangen. Sie liegt derzeit erstmals seit 1982 wieder deutlich unter einer halben Million.

Die Zahl der Beschäftigten hat 1985 um 200 000 zugenommen; in diesem Jahr wird die Zahl der Beschäftigten nochmals um 300 000 steigen. Gerade jungen Menschen kommt diese Entwicklung in verstärktem Maße zugute.

Alle Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik sind aufgerufen, sich für noch mehr Chancen der Beschäftigung und der beruflichen Qualifizierung einzusetzen. Auch der Einsatz der DGB-Jugend für bessere Berufschancen Jugendlicher ist auf den ersten Blick zu begrüßen. Jedoch muß den Jugendfunktionären angesichts ihrer statistischen Rechenkünste vorgehalten werden, daß sie ein gebrochenes Verhältnis zu „Wahrheit und Klarheit“ haben. Schwarzmalereien und Panikmache schaffen nicht einen einzigen Arbeitsplatz, stellt die Vorsitzende des Bundesausschusses „Jugendpolitik“ Gabriele Kokott-Weidenfeld fest.



89. Deutscher Katholikentag

Dieses Ereignis findet vom 10. bis 14. September 1986 in Aachen statt. Der 89. Deutsche Katholikentag steht unter dem Leitgedanken „Dein Reich komme“ und ist in seinen Veranstaltungen, Diskussionskreisen und Aktionen in die Themenbereiche Weltkirche, Europa, Geistliche Gemeinschaft, Sozialer Katholizismus, Verantwortung für die Zukunft des Lebens unterteilt.

Die nähere Betrachtung dieser Themenbereiche legt nahe, daß hier auch die Politik nach ihrer Haltung und Verantwortung gefragt ist. An den zahlreichen öffentlichen Diskussionen nehmen viele namhafte CDU-Politiker teil.

Allen Gästen und CDU-Freunden steht die Geschäftsstelle der CDU Aachen, Martinstraße 8 von 10.00 bis 18.00 Uhr als Treffpunkt, Diskussionsforum und Raststätte zur Verfügung.

Umweltschutz-Versager Johannes Rau

Auch im Umweltschutz steht Johannes Rau neben der Sache. Aufschlußreich ist, was Bund Naturschutz und Umweltstiftung WWF Deutschland ihm vorwerfen. Johannes Rau sei dabei, „der erste Landeschef der Welt zu werden, der bewußt das internationale Abkommen zum Schutz von Feuchtgebieten bricht“. Seine Versprechungen zum Naturschutz wären „das Papier nicht mehr wert, auf dem sie geschrieben wurden“.

Weiter wird Rau vorgehalten, auf Konfrontationskurs mit den nationalen und internationalen Naturschutzorganisationen zu gehen und die Verantwortung für „naturzerstörerische Machenschaften“ der nordrhein-westfälischen Landesregierung in höchst schützenswerten Feuchtbiotopen zu tragen.

Schon während ihrer 13jährigen Regierungszeit hat die SPD im Umweltschutz

Entscheidendes versäumt, stellte Senator Volker Hassemer, der Vorsitzende des Bundesfachausschusses „Umweltpolitik“ hierzu fest. Auch heute habe die SPD kein schlüssiges Umweltkonzept. Das vorgeschlagene „Sondervermögen Arbeit und Umwelt“ werde auch durch die ständige Wiederholung nicht besser. Es knüpft vielmehr an Vorstellungen aus den 70er Jahren an.

Im „Umwelatlas der Bundesrepublik Deutschland“, dessen Autoren die Umweltsituation in der Bundesrepublik seit Jahren untersuchen und bewerten, schneidet die Regierung Rau schlecht ab: **Bei der Gesamtbewertung der Umweltsituation in den einzelnen Bundesländern liegt Nordrhein-Westfalen auf dem achten von elf Plätzen. Läßt man die Stadtstaaten mit ihren besonderen Problemen außer acht, so bekommen sämtliche Unionsregierten Bundesländer bessere Noten als die Umweltpolitik von Johannes Rau.**

Walter Wallmann: Altpapiersammlung ist aktiver Umweltschutz

Die Öffentlichkeit wird derzeit durch die Aufforderung interessierter Kreise verunsichert, statt Altpapier zu sammeln, dieses wieder in die Mülltonne zu werfen.

Bundesumweltminister Wallmann tritt dem entschieden entgegen: Die Verwertung von Reststoffen muß verstärkt werden, um unsere Umwelt zu entlasten.

Wallmann hat deshalb die beteiligten Gruppen zu einem Gespräch ins Umweltministerium gebeten. Ziel dieser Initiative ist es, die Altpapiersammlung kalkulierbarer zu machen und die Altpapierverwertung auch weiterhin zu steigern.

Der Minister appelliert gleichzeitig an al-

le Bürger, weiterhin bei der Altpapiersammlung mitzumachen und die unter Verwendung von Altpapier hergestellten umweltfreundlichen Produkte zu bevorzugen.

Marine entdeckte zehn Umweltsünder

Die zwei im Umweltschutz eingesetzten DO 28 Flugzeuge der Marine haben 1986 bisher 117 Einsätze über Nord- und Ostsee geflogen. Hierbei wurden bereits in den ersten sieben Monaten zehn mutmaßliche Verursacher von Ölverschmutzungen erkannt und den zuständigen Strafverfolgungsbehörden gemeldet.

Dieser Anfangserfolg ist geeignet, vor weiteren Umweltverschmutzungen in Nord- und Ostsee abzuschrecken.

Klassenkampf von gestern

Die Kommission für Bildungspolitik beim Parteivorstand der SPD hat ein Papier erarbeitet, das wegen der Brisanz seiner Aussagen fast als „Geheimdossier“ behandelt wird. Hanna-Renate Laurien zog ein Resümee:

Dies Papier signalisiert — ähnlich wie in der Deutschlandpolitik auf dem Berliner SPD-Landesparteitag — den Bruch von Gemeinsamkeiten, den es dann allerdings immer wieder mit Beschwörungsformeln scheinbar zuleistert. Die Anerkennungsvereinbarung der Kultusminister von 1982, die endlich den Kampf der Systeme beendete, ist für diese Kommission nur Einengung, und ihr Ziel ist immer wieder: Abschaffen des gegliederten Schulwesens — Negieren aller Erfahrungen — Klassenkampf fürs Klassenzimmer! Doch dann allerdings auf der letzten Seite heißt es, man wolle sich auch den bestehenden Schularten gleichermaßen zuwenden, um auch in ihnen die möglichen Integrations-schritte zu verwirklichen.

Über Schulorganisation ließe sich nun noch streiten. Aber wie in diesem Papier Geschichte verfälscht, Pestalozzi und Wilhelm von Humboldt in eine Reihe mit Clara Zetkin gerückt, sämtliche Erfolge der SPD zugeschrieben werden, wie die CDU als Feind von Reform und Demokratie, als langer Arm von menschenfeindlichen Arbeitgebern, als schülerverachtende Kraft diffamiert wird, das signalisiert nicht bloß bildungspolitischen Streit, das ist eine gesellschaftspolitische Kriegserklärung.

Zitat: „Um die personale Identität und die Fähigkeit zur Selbstbestimmung bei Heranwachsenden zu fördern, bedarf es anderer Umgangsformen als bei der Abrichtung von Untertanen durch Brechen ihres Willens.“

Ich frage, welcher Erziehungsstil wird hier unseren Schulen unterstellt?

Zu denken gibt auch folgender Satz: „Viele Pädagogen thematisieren die Angst vor der Arbeitslosigkeit und Umwelt- oder Atomtod im Unterricht... Sie tun es, obwohl der sogenannte Extremistenbeschuß von 1972, den auch Sozialdemokraten beschlossen und einige Jahre lang ausführten, Hunderte von Lehrern/innen getroffen und viele Tausende eingeschüchtert hat...“

Ich frage, welches Verständnis von Pädagogik — Angst als Leitfaden — hier herrscht und welche Zusammenhänge suggeriert werden sollen? und ich erinnere nachdrücklich daran, daß unsere Verfassung — nicht irgendein Erlaß — es verbietet, Gegner der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie mit Staatsaufgaben zu betrauen. Ich kann beim besten Willen nicht erkennen, wen dieser Verfassungsgrundsatz einschüchtert.

Dies gesamte Papier kann nicht überarbeitet werden. Es kann nur als erledigt betrachtet werden. Es bringt Bildungspolitik und Gesellschaftspolitik in Mißkredit. Immer wieder wird für das „Arbeiterkind“ Stellung genommen. Das ist Klassenkampf von gestern. Pädagogik hat jedes Kind in seinen Möglichkeiten zu fördern, und zwar: das Kind aus dem kleinbürgerlichen Milieu, dem nach einer Umfrage 29 Prozent der Bevölkerung zuzurechnen sind, das Kind aus dem aufstiegsbetonten Milieu (21 Prozent), das Kind aus dem konservativ gehobenen Milieu (10 Prozent), das Kind aus dem traditionellen Arbeitermilieu (9 Prozent) und dem alternativ linken Milieu (4 Prozent). Schule darf keiner Partei gehören. Vor dieser SPD-Kommission muß sie geschützt werden.

Senioren-Union startet Aktion „gute Nachbarschaft“

Seit der Berufung von Gerhard Braun zum Seniorenbeauftragten der CDU Deutschlands sind bis heute 204 Termine zur Gestaltung einer aktiven Seniorenpolitik wahrgenommen worden: 25 Besuche in Heimen und bei Senioren-Initiativen, 52 Referate bei Senioren-Veranstaltungen, Gesprächsrunden mit Bundes- und Länderministerien sowie den Freien Wohlfahrtsträgern und nicht zuletzt zahlreiche Gespräche unmittelbar vor Ort mit den betroffenen älteren Menschen. Zwischen Berlin und Aachen, zwischen Flensburg und Waldshut wurden in den zehn Monaten rund 60 000 Kilometer für eine aktive Seniorenpolitik zurückgelegt.

Heute gibt es die Senioren-Union in Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein. In diesen Bundesländern gibt es rund 600 Orts- und Kreisvorsitzende der Senioren-Union, die sich alle dafür einsetzen, daß den älteren Mitbürgern mehr Felder der Mitgestaltung und der Mitverantwortung erschlossen werden. Wie Generalsekretär Heiner Geißler am 19. März 1986 auf dem großen Senioren-Kongreß im Konrad-Adenauer-Haus vor mehr als 1 500 Teilnehmern erklärt hat, wird er dem ersten Parteitag nach der Bundestagswahl die Einführung einer bundesweiten Senioren-Union zur Beschlußfassung vorschlagen. Dies wird nicht nur zu einer wesentlichen Stärkung der Senioren in der Union führen, sondern auch zu einer erheblichen Verbesserung der Interessenvertretung von Senioren in Politik und Gesellschaft.

Jetzt wird die erste bundesweite Aktion der Senioren-Union gestartet. Sie lautet: „Gute Nachbarschaft“. Zu diesem Zweck wird den Senioren der CDU ein Aktionsleitfaden an die Hand gegeben, der aufbaut auf vorbildliche Initiativen und Aktivitäten unserer bisherigen Seniorenarbeit. Sie sollen Ideen und Anregungen zum Nachmachen geben. Dazu gehören vor allem Telefonringe gegen die Einsamkeit, Ferienbetreuungen für mehr Abwechslung im Leben der älteren Mitbürger, Diskussionsrunden zur gesunden Ernährung für ein gesundes Leben auch im Alter und die Unterstützung von Seniorenbeiräten auf kommunaler Ebene zur Stärkung der politischen Mitwirkungsmöglichkeiten im Alter. Dazu gehören aber u. a. auch Möglichkeiten für ältere Mitbürger, ihren Wissens- und Erfahrungsschatz an jüngere Mitbürger weiter-

Drei Zielgruppenveranstaltungen Senioren

Am Mittwoch, dem 5. November 1986, findet in der Rhein-Mosel-Halle in Koblenz eine Veranstaltung für die Zielgruppe Senioren-Mitte statt; am Mittwoch, dem 26. November 1986, findet eine Veranstaltung in der Eilendriedehalle in Hannover für die Zielgruppe Senioren-Nord statt und am Mittwoch, dem 3. Dezember 1986, für die Senioren-Süd in der Stadthalle in Freiburg. Die Veranstaltungen sind jeweils ganztägig. — Anmeldungen sind zu richten an die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Organisation, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.

zugeben. Seniorenarbeit setzt nicht nur bei den Senioren an, sondern bezieht die jüngeren Mitbürger mit ein. Wir wollen dazu beitragen, die Sprachlosigkeit zwischen den Generationen zu überbrücken, weil nur so eine wirklich menschliche Gesellschaft entsteht.

Die Senioren-Union setzt sich auch aktuell politisch in Wahlen ein. Dazu gehört vor allem, die Rentner vor Schwindel zu bewahren. In diesem Zusammenhang weisen wir auf die Senioreninitiative für Johannes Rau hin. Wir werden darlegen, daß sie die Wähler täuschen soll. Rau handelt anders, als er redet. Die soziale Qualität der Rau-Politik kann nicht an dessen Reden, sondern muß an seinem Handeln gemessen werden. **Tatsache ist, daß die Altenhilfe im letzten Haushaltsjahr unter Ministerpräsident Johannes Rau in Nordrhein-Westfalen von 58,0 auf 48,6 Millionen Mark gekürzt worden ist. Betroffen davon sind die Altenkrankenhäuser und Pflegeabteilungen in Altenheimen.** Und wir werden darauf hinweisen, daß es

die Politik der SPD war, die dazu geführt hat, daß 1982 die Rentenkassen vor der Zahlungsunfähigkeit standen und daß die Inflation Rentenerhöhungen und Ersparnisse wegfraß. Es war die Regierung Helmut Kohl, die die Renten wieder sicher gemacht und mit stabilen Preisen die sozialste Politik für Senioren macht. ■

Kanzler gegen starre Altersgrenzen

Ältere Menschen sollen in Zukunft soviel und solange arbeiten können, wie sie wollen. Dafür hat sich Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Aufsatz für die „Kölnische Rundschau“ ausgesprochen. „Wer länger arbeiten will als bisher üblich — und damit auch länger Beiträge zur Rentenversicherung entrichtet —, muß die Möglichkeit dazu erhalten und später eine höhere Rente beziehen“, schreibt der Bundeskanzler. Die Notwendigkeit, die starren Altersgrenzen aufzulockern, ergibt sich nach Ansicht Helmut Kohls aus der Bevölkerungsentwicklung.

Informationsmaterialien zum Thema „ältere Generation“

Broschüre: Zukunftschancen der älteren Generation (geändert in Aufmachung und Inhalt, mit ausführlichem Bericht vom Seniorenkongreß)

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 35,— DM

Bestell-Nr.: 3720

Flugblatt: Unsere solide Politik garantiert sichere Renten

Mindestabnahme 500 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 16,- DM,

Bestell-Nr.: 1761

Handbuch: Für Senioren — mit Senioren

Mindestabnahme: 10 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 8,20 DM

Bestell-Nr.: 3740

Videofilm: Für ein glückliches Leben im Alter

Bestell-Nr.: 4809 für System VHS

Bestell-Nr.: 4810 für System Betamax

Bestell-Nr.: 4811 für System V 2000

Mindestabnahme jeweils 1 Stück

Preis pro Mindestabnahme jeweils 19,80 DM.

Bestellungen sind zu richten an das IS-Versandzentrum, 4804 Vermold, Postfach 1328.

Chancen und Risiken der Gentechnologie sorgfältig abwägen

Im Anschluß an eine vom Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) durchgeführte Sachverständigenanhörung zu Fragen der genetischen Analyse beim Menschen erklärte der Vorsitzende des BACDJ, der baden-württembergische Justizminister Heinz Eyrich, u. a.:

Chancen und Risiken der neuen Möglichkeiten müssen sorgfältig gegeneinander abgewogen werden, um dann verbindliche Entscheidungen durch den Gesetzgeber zu treffen. Keinesfalls darf die sich hier eröffnende Möglichkeit des frühzeitigen Erkennens und Heilens von Krankheiten um vermeintlicher „politischer Vorteile“ wegen von vornherein abgelehnt oder in Mißkredit gebracht werden.

Aus der Anhörung zieht der BACDJ im wesentlichen folgende Schlußfolgerungen:

1. Die wissenschaftlich-technische Entwicklung hat vielfach die noch vor kurzem angestellten Vorhersagen über die Realisierbarkeit gentechnischer Maßnahmen zeitlich und inhaltlich überholt. Problemlösungen sind daher dringlich: die Politik muß das Thema verstärkt aufnehmen; der Bürger muß informiert werden.
2. Zum Wohle des Menschen eingesetzt, kann die Genomanalyse positiv auf das Leben des einzelnen einwirken. (Im Genom, der Gesamtheit aller Erbanlagen eines Menschen, sind seine sämtlichen Eigenschaften festgelegt, z. B. sein Geschlecht, seine Haar- und Augenfarbe, aber auch seine Anfälligkeit gegenüber Krankheiten und Umweltchemikalien.)
3. Die Genomanalyse kommt insbesondere dort in Betracht, wo von ihr ein prä-

ventiver Nutzen für den einzelnen Menschen eintreten kann (Reaktion des Menschen auf Medikamente, Verhinderung von Krankheiten durch Diät).

4. Insbesondere bei der pränatalen Untersuchung muß der verfassungsrechtliche Schutz des ungeborenen Lebens besonders berücksichtigt werden.

5. Mit besonderer Aufmerksamkeit wandte sich die Fachkommission der Christlich-Demokratischen Juristen bei der Anhörung der Sachverständigen den Mißbrauchsmöglichkeiten der Genomanalyse und den Fragen des Persönlichkeits- und Datenschutzes, die sich im Bereich der Genomanalyse mit besonderer Dringlichkeit stellen, zu.

Der BACDJ, der im Januar dieses Jahres bereits „Leitsätze zu rechtsethischen und rechtspolitischen Fragen der Fortpflanzungsmedizin“ verabschiedet und veröffentlicht hat, wird seine Tätigkeit mit der Erarbeitung von „Leitsätzen zur Genomanalyse“ fortsetzen.

Rente steigt 1987 um real drei Prozent

Der Referentenentwurf des neuen Rentenanpassungsgesetzes, den Bundesarbeitsminister Norbert Blüm den Arbeitgeberverbänden kürzlich zugestellt hat, sieht vor, daß die rund 12,5 Millionen Altersrenten zum 1. Juli 1987 um voraussichtlich 3,7 Prozent angehoben werden. Da 1987 auch der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner um 0,7 Prozent auf insgesamt 5,9 Prozent steigt, verbleibt den Rentnern eine effektive Verbesserung von drei Prozent.

Vogel hätte besser geschwiegen

Die Vorwürfe des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel gegen die Haushaltspolitik von Bundesfinanzminister Stoltenberg sind ein plumper Versuch, von der schweren Verantwortung der SPD für die dramatische Explosion der Staatsverschuldung in den Jahren ab 1975 abzulenken, die die wichtigste Ursache für die schwere wirtschaftliche Krise zu Anfang der 80er Jahre und für die dadurch notwendig gewordenen, oft schmerzhaften Sparmaßnahmen waren, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Manfred Carstens (Emstek), MdB.

Im Bundeshaushalt 1986 ist die Nettokreditaufnahme, die 1982 noch bei über 37 Mrd. DM lag und die für 1983 sogar auf über 50 Mrd. DM zu explodieren drohte, auf unter 24 Mrd. DM zurückgeführt worden. Bezogen auf den Anteil am Haushaltsvolumen insgesamt, ist das mit rund 9 v. H. der niedrigste Wert seit 1974; 1981 und 1982 waren es noch rund 16 v. H.

Inzwischen übersteigen die Ausgaben für den Zinsendienst im Bundeshaushalt die Nettokreditaufnahme. Insgesamt muß der Bund im Zeitraum 1983/86 114 Mrd. DM für die Verzinsung des Ende 1982 übernommenen Schuldenbergs aufbringen. Dies ist mehr als die gesamte Neuverschuldung in diesem Zeitraum.

Die Zinsen für die Schulden der Vergangenheit sind zur größten „Umverteilung von unten nach oben“ geworden, die jemals bei uns stattgefunden hat. Denn die allein im Zeitraum 1983/86 für die Zinszahlungen notwendigen 114 Mrd. DM haben alle Steuerzahler aufzubringen.

Ohne die Zinsverpflichtungen der Vergangenheit hätte dagegen im Bundes-

haushalt 1986 keine einzige Mark für Schuldenaufnahme vorgesehen werden müssen. Im Gegenteil: Fast 7 Mrd. DM hätten noch für andere bessere Verwendungsmöglichkeiten — beispielsweise für die Einbeziehung der Trümmerfrauen in die Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht — zur Verfügung gestanden.

Tod des „Vorwärts“ vorprogrammiert

Dieter Weirich, medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, erklärte in Bonn, die nebulösen Ankündigungen des SPD-Bundesschatzmeisters Matthöfer auf dem Nürnberger Parteitag bedeuteten das „Einläuten des Sterbeglöckleins für den seit Jahren abwärts gleitenden Vorwärts“. Die Vorgänge um den „Vorwärts“ dokumentierten das „ganze Elend sozialdemokratischer Medienpolitik“. Während die Partei lautstark nach Pressevielfalt rufe, halte sie als Presse-Unternehmerin den „Nachkriegsrekord bei der Liquidierung von Zeitungen“.

Erfolgreicher Kampf gegen Bürokratie in Baden-Württemberg

Etwa 300 Erlasse und andere Vorschriften, welche die vier Oberschulämter und die staatlichen Schulämter in den letzten Jahren für ihre eigenen Dienstbezirke herausgegeben haben, sind jetzt von Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder bis auf sechs ersatzlos gestrichen worden. Im ersten Schritt hatte das Ministerium selbst die von ihm herausgegebenen Verwaltungsvorschriften überprüft und deren Zahl von 3500 auf 218 vermindert.

Stiftung „Mutter und Kind“: Rau verweigert Hilfe

Die Bundesstiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ hat sich hervorragend bewährt, 35 000 Frauen konnte geholfen werden — eine gute Bilanz.

Die heftige Kritik von der Opposition ist unberechtigt; unverantwortliche Unterstellungen sowie abwertende Aussagen gegen die Stiftung sind von der Praxis widerlegt worden, stellt **MdB Norbert Schlottmann** fest. Es hat sich gezeigt, daß die Bundesstiftung als ein wesentlicher Baustein unserer neuen Familienpolitik in Maßnahmen eingebettet ist wie das neue Erziehungsgeld, steuerliche Erleichterungen für die Familien, dem neuen Kinderzuschlag, besondere Steuerentlastungen für Alleinerziehende, Erhöhung von Ausbildungsfreibeträgen, Wohngeld-erhöhungen, Erhöhung der Sozialhilfe insbesondere für Alleinerziehende mit Kindern, die Herabsetzung der Wartezeiten für den Rentenbezug von 15 auf 5 Jahre und die Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung.

Wir haben damit die in der Regierungserklärung eingegangenen familienpolitischen Versprechen der Familie gegenüber eingelöst. Darüber hinaus haben wir im Sinne des Bundesverfassungsgerichtsurteils von 1975 konsequent gehandelt, indem wir das Angebot materieller Hilfen zum Schutz des ungeborenen Lebens entscheidend und im Sinne unserer politischen Grundeinstellung erweitert haben.

Eine völlig neue Einrichtung wie die Bundesstiftung bleibt von Anfangsschwierigkeiten nicht verschont. Bundesregierung, Stiftungsrat, Landesstiftungen und freie Träger waren flexibel genug, diese

schnell und unbürokratisch zu überwinden. Es ergab sich sogar die Notwendigkeit, die Mittel der Stiftung um insgesamt 40 Millionen aufzustocken.

MdB Norbert Schlottmann erinnert dabei an die vorbildliche Haltung der beiden großen Kirchen, die seinerzeit zuerst Sonderfonds gegen materielle Not für werdende Mütter geschaffen hatten. Es folgten in den CDU-regierten Bundesländern entsprechende Landesstiftungen und dort, wo die SPD wie in Nordrhein-Westfalen diese Stiftung verweigerte, zahlreiche Initiativen in CDU-geführten Kommunen. Aber der Ministerpräsident von NRW, **Johannes Rau, muß sich fragen lassen, warum er die Landesstiftung permanent verweigert und damit in unverzeihlicher Weise den Schutz des ungeborenen Lebens vernachlässigt.** Die CDU-Fraktion im Düsseldorf Landtag beantragte kürzlich zum wiederholten Male die Einrichtung der Landesstiftung nach Vorbild der CDU-regierten Länder.

Verbraucherpreise sinken um 0,4 Prozent

Bereits zum fünften Mal in Folge haben sich die Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vorjahreswert vermindert. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden nach Auswertung der Ergebnisse aus vier Bundesländern errechnete, liegt der Preisindex für August bei minus 0,4 Prozent.

Bereinigt man die Zahlen um die Preisbremsen Heizöl und Kraftstoff, so ergibt sich eine Preissteigerungsrate von nur 1,3 Prozent.

Tips für die Arbeit im Ortsverband

In vielen Verbänden war der Sommer mit der CDU ein großer Erfolg. Gerade deshalb heißt es: Nach vorne schauen. Jetzt schon an den Herbst denken — Aktionen planen.

Herbstspaziergang

Auch der Herbst hat seine Reize. Veranstalten Sie in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Forstamt einen Spaziergang durch den Herbstwald. Eine gute Gelegenheit, über Ursachen und Folgen von Waldschäden sowie erfolgreiche Umweltschutzmaßnahmen der Regierung Helmut Kohl aufzuklären.

In lockerer Atmosphäre lassen sich hierbei schnell neue Kontakte anknüpfen und man hat Gelegenheit, über die Umweltpolitik der CDU zu informieren. Lassen Sie den Nachmittag mit einem Dämmererschoppen ausklingen!

Aktion Kinderherbst

Auch für die Kinder ist der Herbst eine herrliche Zeit. Hier einige Anregungen:

Ein kleiner Wettbewerb im Drachenfliegen — welcher Drachen fliegt am höchsten — läßt bestimmt jedes Kinderherz höher schlagen. Oder gehen Sie Kastanien und Blätter sammeln. Mit den gesammelten Materialien könnte man eine Bastelstunde anschließen. Ein gemütliches Zusammensein der Erwachsenen und eine kreative Bastelstunde unserer Jüngsten bereitet bestimmt allen Freude.

Herbstaktionen für Senioren

Denken Sie auch an unsere Senioren! Verschenken Sie Herbstblumen zusammen mit einem netten Text: Einen frohen Herbstgruß schickt Ihnen Ihre CDU...

Herbstzeit ist auch wieder Theaterzeit! Die CDU lädt daher alle Senioren zu einem Theaterbesuch ein. Ein Fahrdienst per Bus wird organisiert. Während der Fahrt kann ein theaterkundiges CDU-

Mitglied eine Einführung in das Stück geben.

Aktion Wald-, See-, Flußsäuberung

Umweltschutzaktionen gehören inzwischen zum festen Bestandteil zahlreicher CDU-Verbände.

Gerade Wälder, Seen und Flüsse bedürfen nach dem Sommer der besonderen Pflege, da die Natur leider immer noch oft mit einer Mülldeponie verwechselt wird. Zur Säuberungsaktion werden nicht nur alle Vereinigungen in der CDU eingeladen, sondern beispielsweise auch Sportvereine, und über einen Vorbericht in der lokalen Presse alle interessierten Bürger. Ein gemütliches Beisammensein am Abend ist bestimmt ein weiterer Anreiz, bei dieser Aktion mitzumachen. (Anregungen für weitere Umweltaktionen finden Sie in unserem Leitfaden „Umweltaktionen von A bis Z“)

Mindestabnahme: 10 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 7,— DM
Bestell-Nr.: 3670

Aktion Herbstlauf

Immer größerer Beliebtheit erfreuen sich Volksläufe. In Zusammenarbeit mit den örtlichen Sportverbänden lädt die CDU zu einem Herbstlauf ein. Motto: Fit in die Zukunft — Lauf mal wieder — mit der CDU! Natürlich joggen Mitglieder der Fraktion und des Ortsvorstandes mit. Anstatt Urkunden und Medaillen werden der CDU-Fitneß-Drink und der CDU-Müsliriegel als kleine Preise ausgesetzt.

Fitneßdrink

Mindestabnahme: 27 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM
Bestell-Nr.: 9799

Müsliriegel

Mindestabnahme: 27 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM
Bestell-Nr.: 9798

Zur Sache:

Rau – Der Stimmenfänger für das rot-grüne Lager

Die Regie war gut: Jubel auf dem Nürnberger SPD-Parteitag für den Kandidaten Rau. Aber lassen Sie sich nicht täuschen. Reden und Wahlen in Nürnberg zeigen: Die Linken haben das Sagen in der SPD. Mit diesem Linksruck hat die SPD die Voraussetzungen für einen rot-grünen Pakt nach der Bundestagswahl geschaffen. Rau geht diesen Weg mit. Seine Rede in Nürnberg zeigt, daß er sich für den Einstieg in das rot-grüne Lager entschieden hat und vorweg als Stimmenfänger marschiert.

Die SPD ist zu einer links-opportunistischen Stimmungspartei geworden. Sie arbeitet mit den alten sozialistischen Rezepten: Angstmachen, Miesmachen, Neid schüren.

● **In der Außen- und Sicherheitspolitik will die SPD aus dem westlichen Bündnis aussteigen und geht auf einen antiamerikanischen Kurs. Das heißt:**

Abhängigkeit von der Sowjetunion und Gefährdung unserer Freiheit.

● **In der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik vertritt die SPD die gescheiterten Rezepte der 70er Jahre.**

● **In der Energiepolitik steigt sie aus. Das heißt: Verlust unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit, steigende Arbeitslosigkeit, keine neuen Arbeitsplätze, neue Inflation, mehr Steuern und Abgaben, Schuldenwirtschaft und Bürokratie, weniger soziale Sicherheit und Umweltschutz.**

Die Ausstiegspolitik der SPD, das würde den Abstieg der Bundesrepublik Deutschland bedeuten.

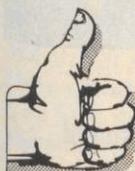
Das rot-grüne Lager mit dem Stimmenfänger Rau an der Spitze würde alles wieder zunichte machen, was in den vergangenen vier Jahren von der Bundesregierung Helmut Kohl aufgebaut worden ist. Deshalb darf es kein Zurück mit den Rot-Grünen geben.

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung weiß, was die Regierung Helmut Kohl gemeinsam mit den Bürgern geschafft hat. Wir sind auf einem guten Weg. Deshalb: Weiter so, Deutschland.

CDU
// Die Zukunft

Die 20 Plus- und Minuspunkte

Neu aufgelegt und aktualisiert: 20 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl. In wenigen Sätzen viel ausgesagt. Die 20 wichtigsten Erfolge der Regierung Helmut Kohl kurz gefaßt.
 Mindestabnahme: 100 Stück
 Preis pro Mindestabnahme: 14,— DM
 Bestell-Nr.: 2793



WEITER SO, DEUTSCHLAND

Das Motto der Auftaktkampagne gibt es auch als Autoaufkleber. Helfen Sie mit, daß mit diesem Autoaufkleber unser „Aufwärts-Daumen“ weitmöglichst verbreitet wird.

Mindestabnahme: 100 Stück
 Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM
 Bestell-Nr.: 9856

20mal die Minuspunkte der SPD. Kurz und präzise zusammengefaßt in einem Falblatt. „Treffender“ kann man die SPD nicht angreifen.

Mindestabnahme: 100 Stück
 Preis pro Mindestabnahme: 14,— DM
 Bestell-Nr.: 2840



**Stopp für rot-grün.
Auch als Autoaufkleber.**

Mindestabnahme: 100 Stück
 Preis pro Mindestabnahme: 10,— DM
 Bestell-Nr.: 9854

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Angriffsposter

Ein Bild sagt oft mehr als tausend Worte. Bestens geeignet für den bildhaften Angriff auf die SPD sind unsere neuen Poster, vorgestellt in UiD 24/86. Mal humorvoll, mal bissig, mal hintergründig, mal plakativ, für jeden Geschmack und zu unterschiedlichen Themenbereichen haben wir eine Serie von sechs Postern konzipiert.

Was Sie bestellen, werden wir produzieren. Ab etwa Mitte September werden die Poster vorliegen und versandt.

Mindestabnahme: 25 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 12,50 DM

Bestell-Nr.: 7876

Die sechs Angriffs-Poster können Sie auch als Set bestellen. Sie bekommen dann mit jedem Poster 1 Exemplar gerollt geliefert. Auch hierbei gilt: Jetzt bestellen. Lieferung ab etwa Mitte September.

Für Poster-Set:

Mindestabnahme: 1 Set

Preis pro Set: 5,— DM inkl. MwSt.

Bestell-Nr.: 7887

Alle Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UiD

25/86

Weniger für alle.



Bestell-Nr. 7876

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.